

Mehrheitsmeinungen und Wahlentscheidung.
Paradoxien und Dilemmata „rationalen“ Wählens.

Karl-Heinz Reuband

1. Protest gegen die Nachrüstung und die Wahlentscheidung in der Bundestagswahl 1983: ein Paradoxon?

Ergebnisse von Wahlen pflegen Regierungspolitiker – aber auch nicht wenige Kommentatoren und Politikwissenschaftler – als Zustimmung zum politischen Programm der gewählten Partei zu deuten. Die Mehrheitsentscheidung der Wähler wird mit einer mehrheitlichen Stützung der Regierungspolitik gleichgesetzt. Das ist bei fast jeder Wahl so gewesen. Und auch die letzte Bundestagswahl vom 6. März 1983 macht in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Die Wahl der CDU/CSU durch eine Mehrheit der Bevölkerung wird als Zustimmung zur Stationierung neuer Atomraketen gemäß Nato-Doppelbeschluß gedeutet. Gerade die letzte Bundestagswahl am 6. März 1983 – so ein geläufiger Kommentar – habe gezeigt, daß sich die offizielle Sicherheitspolitik auf eine sehr breite Wählerschaft stützen könne. Die Bundestagswahl habe „in etwa Klarheit darüber geschaffen, wo die Mehrheit der Bevölkerung in ihrer Beurteilung des Friedensproblems steht“ (Sontheimer 1983: 222). Die Nachrüstungsgegner werden als bloße Minderheit abgetan, die sich für eine „latente Mehrheit“ hält. Würde die Mehrheit der Bundesbürger gegen die Nachrüstung votieren, so ein Kommentar der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, so würde sie letztlich ihre eigene Stimme in der letzten Bundestagswahl entwerfen (FAZ vom 19.9.1983: 1).

In der Tat könnte man angesichts der Ausgangslage bei der damaligen Bundestagswahl geneigt sein, diese Deutung für plausibel zu halten: Die Stützung der Nachrüstung durch die CDU/CSU und FDP war „kein Geheimnis“ (Bredow 1984: 208). Die Wähler hätten zu dieser Zeit „ganz eindeutig“ wissen müssen, welche Auffassung die Bonner Koalitionsparteien in dieser Frage vertraten (Langguth 1984: 94). Doch gibt es paradoxerweise aus der gleichen Zeit hinreichend viele empirische Befunde aus repräsentativen Bevölkerungsumfragen, die eine breite *Mehrheit* der Bevölkerung gegen die Nachrüstung belegen. Es ist zu einfach, die Befunde mit der Bemerkung abzutun, sie würden durch andere Befragungsergebnisse konterkariert (z. B. Langguth 1984: 95). Zwar gibt es eine Vielzahl von Umfragen zu dieser Frage mit z. T. recht unterschiedlichen Antwortverteilungen. Legt man jedoch die Standards für die Formulierung von Fragen an die Ergebnisse und vergegenwärtigt sich die jeweilige Akzentuierung der Frage, so werden die Verhältnisse eindeutiger: Sobald man sich auf die Einstellung zur Stationie-

rung in der Bundesrepublik gemäß Stationierungsfahrplan (und nicht auf andere Aspekte) bezieht, kommt man auf eine absolute Mehrheit von Nachrüstungsgegnern. Rund zwei Drittel der Bevölkerung gehören dazu. Und nichts spricht dafür, daß es sich hierbei um einen kurzfristigen Meinungsumschwung kurz vor Stationierungsbeginn handelt (Reuband 1985a).

Daß sich die Mehrheit der Bevölkerung für eine bestimmte Position ausspricht, gleichzeitig aber eine Partei wählt, die klar *gegen* diese Position steht, ist so selten nicht. Die Diskrepanz bleibt in der Regel nur wenig beachtet, weil der Grad der öffentlichen Politisierung geringer ausfällt. Die Bedeutung des Nachrüstungsthemas für die Bundestagswahl 1983 ist deshalb auch mehr als bloß von historischem Interesse. Die Analyse bietet die Möglichkeit, exemplarisch die Komplexität und „Rationalität“ von Wahlentscheidungen – besonders das Verhältnis von Mehrheitsmeinung und Mehrheitsentscheid – zu untersuchen. „Rational“ heißt dabei in der Terminologie der Wahlforschung ein Verhalten, welches an politischen Sachfragen („Issues“) orientiert ist: der Wähler entscheidet sich für die Partei, welche den individuellen Erwartungen hinsichtlich dieser Sachfragen am besten entspricht. Dem steht ein Wahlverhalten gegenüber, daß sich auf sozialstrukturelle Determinanten und den Einfluß der Parteiidentifikation gründet. Beide bilden primär die Milieubindung und Sozialisationsinflüsse ab, welche z. T. bis auf die Elterngeneration zurückreichen. In sie gehen vergangene Einschätzungen der Parteien und ihrer Leistungen mit ein. Die Folge ist eine Stabilität des Abstimmungsverhaltens, das weitaus stärker ist, als es der Wechsel der öffentlichen politischen Kontroversen erwarten läßt (vgl. dazu auch Gluchowski 1983). In gewissem Sinne könnte man natürlich auch diesen Einflüssen eine eigene Art von „Rationalität“ unterstellen: man orientiert sich an den vergangenen Erfahrungen, die man mit den Parteien gemacht hat. Und wo man über keine hinreichenden Grundlagen für eine Entscheidung im aktuellen Falle verfügt, mag der Rückgriff auf vergangene Bewertungen in der Tat immer noch die sinnvollste Grundlage darstellen. Dennoch erscheint es aus vielerlei Gründen ratsam, den bisherigen Sprachgebrauch beizubehalten. Die „Gleichsetzung von rationalem Wählerverhalten mit ‚issue voting‘ ist anfechtbar, wenn auch in der Forschungspraxis kaum zu umgehen“ (Rattinger 1980: 57).

In der Literatur unterscheidet man allgemein zwei verschiedene Arten von Issues: *Positionsissues* sind umstrittene politische Themen. Das Interesse des Wählens richtet sich hier auf die Positionen, welche die jeweiligen Parteien diesem Issue gegenüber einnehmen. *Valenzissues* sind konsensuell gestützte Issues: es gibt keinen Streit um ihre Wichtigkeit, wohl aber über die Art und Weise, in der sie (z. B. die Arbeitslosigkeit) am besten bewältigt werden können. Das Interesse richtet sich auf die wahrgenommene Kompetenz der Parteien, mit diesem Issue umzugehen. In der Bundesrepublik sind bislang vor allem die Valenzissues in der Wahlforschung untersucht worden. Anders als in den USA blieben die Positionsissues weitgehend ausgeblendet (Rattin-

ger 1980: 55). Das Streit um die Nachrüstung ist daher ein guter Ausgangspunkt, um dem Zusammenhang zwischen Positionen und Wahlverhalten anhand eines konkreten Beispiels für deutsche Verhältnisse nachzugehen. Zugleich werden damit grundlegende Fragen auch zur Nachrüstungsgegnerschaft selbst aufgeworfen. Ist sie ein bloßes Lippenbekenntnis ohne Handlungskonsequenzen? Oder ist die Wahlentscheidung in der Bundestagswahl 1983 gar nicht als eine Legitimierung der Sicherheitspolitik aufzufassen und spiegelt ganz andere Faktoren wider?

2. Issue-, Parteien- und Kandidatenorientierung

Issues haben auf das Wahlverhalten keinen konstanten Einfluß. Je nach Wahl variiert er, je nach Individuum stehen Issues mal stärker und mal schwächer im Vordergrund der Entscheidung. Ob sich Issues im allgemeinen und spezifische Issues im besonderen auf das Wahlverhalten auswirken, ist vor allem eine Frage der eigenen Kandidaten-, Partei- und Issueorientierung: (1) Kandidaten – Parteien und Issueorientierungen stehen miteinander in potentieller Konkurrenz. Nur in einigen Wahlen stimmen sie überein. In der Mehrzahl ergeben sich gewisse Divergenzen. Das aber impliziert: Je größer die Orientierung auf Kandidaten oder Parteien hin ausgerichtet ist, desto geringer die Chance, auf issuespezifische Einstellungen Einfluß zu nehmen. (2) Nicht jedes Issue hat für den einzelnen die gleiche Bedeutung. Es gibt so etwas wie eine Prioritätenhierarchie. Je geringer die subjektive Gewichtung eines Issues, desto geringer der Stellenwert für die Wahlentscheidung. (3) Zentral für das Handeln ist nicht nur, welche Positionen die präferierte Partei bezüglich der Issues einnimmt. Entscheidend ist vor allem der *relationale* Kontext, in dem sich der Wahlkampf abspielt: Wenn die übrigen Parteien eine gleiche oder *ähnliche* Position einnehmen – das Issue also nicht entsprechend ins Parteienspektrum transformiert ist –, dann ist die Wahlmöglichkeit in dieser Frage eingeschränkt. Man neigt unter diesen Umständen in der Regel dazu, das jeweils kleinere Übel zu wählen: eine Partei, mit der man in bestimmten Issues nicht übereinstimmt, in anderen – möglichst zahlreichen und hoch bewerteten – dagegen konform geht. Wichtiger als die objektiven Unterschiede zwischen den Parteien sind dabei die *wahrgenommenen* Unterschiede. Die objektiven Unterschiede werden erst wirksam, wenn sie subjektiv vermittelt sind. Je geringer die wahrgenommenen Unterschiede entlang eines Issues, desto kleiner die Chance, die eigene Position in Handeln umzusetzen und rationales Wahlverhalten zu erbringen (vgl. auch Butler und Stokes 1969: 359ff.).

Wie verhält es sich nun mit der Nachrüstungsthematik in der Bundesrepublik 1983? In welchem Maße haben überhaupt Issueorientierungen auf das Wahlverhalten Einfluß genommen? Infas hat versucht, die Dominanz dieser drei Dimensionen über Angaben des Befragten zu erfassen, indem man ihn

um Antworten darüber bat, was bei der Bundestagswahl für ihn „die wichtigste Rolle“ spielt: „Die Entscheidung über den Kanzlerkandidaten, bestimmte politische Sachfragen, oder sind Sie seit längerem ohnehin fest an eine Partei gebunden?“ Natürlich kann man in dieser Weise das relative Gewicht all dieser Faktoren nur ungenau bestimmen. Dem Befragten ist der Stellenwert dieser Faktoren für ein Handeln nur bedingt im Bewußtsein präsent. Die Frage ist in gewissem Maße hypothetisch (was im Fragetext auch anklingt: „Angenommen, es ginge nur um die folgenden drei Punkte“). Und weil Issueorientierung, Partei- und Kandidatenorientierung häufig miteinander zusammenhängen, sind die drei Dimensionen zudem nur bedingt voneinander zu trennen.

Was man am ehesten erfassen kann, ist die mehr oder minder *bewußte* Prominenz der drei Faktoren in *Relation* zueinander. Dabei braucht der einzelne nur zu glauben, die Kandidatenfrage wäre *etwas* wichtiger als die politischen Sachfragen, und schon fällt der andere Faktor – obwohl bedeutsam – aus der Nennung heraus. Die Befunde sind mithin allenfalls ein Hinweis auf die subjektive Gewichtung, nicht deren exakte Reproduktion, und sind dementsprechend vorsichtig zu werten.¹ Auf die entsprechende Frage hin bekundeten in einer Infas-Umfrage vom Februar bis März 1983 nicht mehr als die Hälfte der Befragten, „bestimmte politische Sachfragen“ wären für ihre Entscheidung am wichtigsten (darunter wurde dann die Arbeitslosigkeit mit weitem Abstand am häufigsten genannt – 62% vs. Friedenspolitik 37%). Wenn diese Einschätzung einigermaßen richtig liegt, dann ist dies ein erster Hinweis für die begrenzte Handlungsrelevanz von Issues – einschließlich der Nachrüstungsfrage in dieser Wahl. Untypisch scheint dieses Phänomen dabei nicht zu sein. Im Gegenteil: In den Wahlen 1972 und 1980 meinten noch weniger Befragte, Sachfragen wären für sie entscheidend gewesen (infas 1983: 72).

3. Subjektive Issuegewichtung

Fragen, die direkt auf die subjektive Einschätzung der Kandidaten-, Partei- und Issueorientierung zielen, führen aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer Überschätzung des Issueeinflusses: die Befragten geben sich politisch „rationaler“ als sie wirklich sind. Aber selbst gesetzt den Fall, Sachfragen allein hätten in der Bundestagswahl 1983 die Wahlentscheidung bestimmt: dann wäre keinesfalls sicher, daß die Einstellung zur Nachrüstung sich auch entsprechend in Wahlverhalten umgesetzt hätte. Entscheidend ist die relative Gewichtung dieses Issues. Zwei Umfragen, welche die subjektive Bedeutsamkeit politischer und gesellschaftlicher Probleme erfassen, sind in diesem Zusammenhang von Interesse. Die eine stammt vom November 1982 – also der Zeit *vor* der Bundestagswahl – die andere vom Mai 1983, der Zeit *nach* der Bundestagswahl. Die Umfragen differenzieren in der Art des Bewertungs-

schemas und der Art der Vorgaben. In der Spezifikation der uns interessierenden Dimension – Abrüstung und Entspannung einerseits, Aufrüstung andererseits – ähneln sie jedoch einander.

Die Ergebnisse sind bemerkenswert eindeutig: danach gefragt, welche Ziele sie persönlich für wichtig halten, werden Fragen wirtschaftlicher Sicherheit und wirtschaftlichen Aufschwungs am häufigsten genannt. Es sind „bread and butter issues“, die jeden im Alltag in seiner persönlichen Lebensführung berühren und für ihn mit unmittelbaren Konsequenzen verbunden sind. An zweiter Stelle stehen Fragen des Umweltschutzes, dicht gefolgt von „Abrüstung in Ost und West“. Erst ganz am Schluß kommen Forderungen nach Stärkung der militärischen Verteidigungskraft. Die Unterschiede in der Gewichtung der entspannungs- und rüstungspolitischen Ziele sind erheblich. So nannten in der Umfrage vom November 1982 als „sehr wichtig“ 79% die „Schaffung neuer Arbeitsplätze und Lehrstellen“, 61% „Für Abrüstung in Ost und West sorgen“. Lediglich 13% hielten für „sehr wichtig“ „Die militärische Verteidigungskraft der Bundesrepublik Deutschland stärken“ – plaziert nach so peripheren Zielen wie „Noch mehr Stätten zu menschlicher Begegnung schaffen“ oder „Mehr Anreize schaffen, sich selbständig zu machen“. An dieser Stellung ändert sich auch dann nichts, wenn man die Zahl derer hinzuaddiert, die das Ziel für „ziemlich wichtig“ halten. Die Rangordnung bleibt erhalten (Der Stern/Gruner und Jahr 1983). Die Ergebnisse der späteren Mai-Umfrage – nach der Wahl – gehen in die gleiche Richtung (Noelle-Neumann 1983: 121).

Wer sich für die Stärkung der militärischen Verteidigungskraft der Bundesrepublik ausspricht, verneint nicht notwendigerweise auch das Ziel der Abrüstung in Ost und West. Die Mehrheit derer, die sich für eine militärische Stärkung aussprechen, schätzen die Abrüstungsthematik ebenfalls als wichtig ein² – es handelt sich bei diesem Kreis also nicht etwa um „kalte Krieger“, die Friedenssicherung bloß durch militärische Drohgebärden zu erreichen suchen. Aber deutlich bleibt auch: die Zahl derer, die sich ausschließlich für Abrüstung in Ost und West aussprechen, überragt die Zahl der Aufrüstungsbefürworter bei weitem. Die Grundvoraussetzungen für eine hohe subjektive Bedeutsamkeit der Nachrüstungsfrage – auch wenn nicht direkt erfragt³ – sind gegeben. Für das Thema „Sicherheit durch Nachrüstung“, so Noelle-Neumann unter Bezug auf ihre Daten, ist die Bevölkerung eher „schwerhörig“ (Noelle-Neumann 1983: 124).

Die Chance des Nachrüstungsissues, das Wahlverhalten zu bestimmen, ist gleichwohl gering. Handlungsrelevant sind die Themen, die innerhalb der Hierarchie der Wichtigkeit den obersten Platz einnehmen. Und hier dominieren, wie sich gezeigt hat, nun einmal an erster Stelle Fragen wirtschaftlicher Sicherheit und wirtschaftlichen Aufschwungs. Wie sehr dies der Fall ist, das machen nicht zuletzt auch Umfragen deutlich, die mit offenen Fragen, anstelle von geschlossenen Fragen (mit Listenvorgaben) arbeiten: Offene Fragen akzentuieren im allgemeinen die Aspekte, die im Bewußtsein des

einzelnen an vorderster Stelle stehen. Übereinstimmend zeigt sich, daß die Arbeitsplatzsicherung alle anderen Issues überragt. An zweiter Stelle (wenn auch nun mit großem Abstand) folgt die Friedenssicherung.⁴ Egal, welche Positionen auch die Bürger gegenüber der Nachrüstungsrate einnehmen – die Arbeitsplatzfrage muß die Wahlentscheidung stärker prägen.

4. Unterschiede zwischen Parteien

Damit sich eigene Einstellungen im Wahlverhalten niederschlagen können, bedarf es einer entsprechend ausdifferenzierten Unterscheidung der Parteien. Gerade im Falle der Nachrüstung aber haben sich die Unterschiede eher allmählich entwickelt. Immerhin war es die SPD mit ihrem Kanzler Helmut Schmidt, der die eigentliche Urhebererschaft des Nato-Doppelbeschlusses zugeschrieben wird. Und selbst noch im Herbst 1981, als es in Bonn zu der ersten großen Demonstration der Friedensbewegung gegen die Nachrüstung kam, drohte die SPD ihren Mitgliedern bei Teilnahme den Parteiausschluß an. Positionen, die sich schleichend entwickeln, vermögen sich nun aber zumeist nur zeitversetzt und allmählich auf die Wahrnehmung auszuwirken. Und blieb auch im Wahlkampf 1983 die Nachrüstungsfrage durch die SPD nicht unthematisiert – ob die Aussage, wer CDU wählt, der wähle automatisch auch neue Raketen, zur kognitiven Differenzierung des Images der Parteien beiträgt, bleibt zu bezweifeln. Denn der Unterschied ist hier nicht die Entscheidung für oder gegen neue Raketen, sondern lediglich für oder gegen „automatische“ Stationierung neuer Raketen. Die eigentliche Absetzung der SPD von der Nachrüstung erfolgte erst im Herbst 1983 – ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl.

Wenn die These stimmt, wonach die allmähliche Abkehr der SPD vom Nachrüstungsbeschluß von der Bevölkerung eingeschränkt und allenfalls zeitversetzt wahrgenommen wird, dann müßte sich dies auch in der Zuschreibung von Parteikompetenz und einer andersgearteten Nachrüstungsposition niederschlagen. Wenn die SPD so sehr als Gegenpol zur CDU in der als bedrohlich angesehenen Nachrüstungsfrage empfunden wird, müßte man ihr eher Kompetenz in Fragen der Friedens- und Entspannungspolitik zuerkennen. Umfragen in der Zeit kurz vor der Wahl zeigen, daß in fast allen Bereichen der CDU mehr Kompetenz zugestanden wurde, als der SPD (Tabelle 1). Dies gilt vor allem bei den Themen, die subjektiv einen hohen Rangplatz einnehmen – Fragen wirtschaftlicher Sicherheit und wirtschaftlichen Aufschwungs (Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, Wirtschaftswachstum). Einen „Vorsprung“ der SPD gibt es lediglich im Falle der „innerdeutschen Beziehungen und Ostpolitik“ und im Falle der „Friedenspolitik, Entspannung und Abrüstung“. Gerade im Falle der uns besonders interessierenden Friedenspolitik aber sind die Unterschiede minimal, der „Vorsprung“ der SPD in der Kompetenzzuweisung beträgt nur wenige

Prozentpunkte. Von einer klaren Unterscheidung zwischen CDU und SPD kann hier nicht die Rede sein.

Daß auch speziell in der Nachrüstungsfrage zwischen den Parteien keine grundlegend verschiedenen Positionen wahrgenommen werden, das belegen Erhebungen vom März 1983. Erfragt war anhand verschiedener politischer Ziele, inwieweit sich die CDU, SPD, FDP und die Grünen eher dafür oder eher dagegen aussprechen. Bei der Frage nach der „Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland, falls es zu keiner Einigung zwischen den USA und der UdSSR kommt“, zeigt sich dann: auf einer Fünfer-Skala, die lediglich in ihren Extremen mit „sehr dafür“ und „sehr dagegen“ benannt ist (Tabelle 2), tritt die CDU (mit 52%) klar als diejenige Partei, welche der Raketenauflistung am positivsten (Extremkategorie „sehr dafür“) gesonnen ist, hervor. Bei der SPD sehen lediglich 4% und bei den Grünen 1% eine derartige Haltung. Nimmt man die eindeutig gekennzeichnete andere Extremkategorie für explizite Ablehnung („sehr dagegen“), so fällt der Bruch zwischen den Parteien jedoch anders aus: nun liegt er nicht mehr zwischen CDU einerseits und SPD und Grünen andererseits. Er liegt vielmehr nun zwischen den etablierten Parteien CDU, FDP und SPD einerseits und den Grünen andererseits. Glaubten 2% der Bevölkerung, die CDU wäre „sehr“ gegen eine Stationierung, so nehmen 12% eine derartige Haltung bei der SPD wahr, 76% aber bei den Grünen! Dies bedeutet: in der Bevölkerung wird eine *grundsätzliche* Ablehnung einer Raketenstationierung durch die SPD zu diesem Zeitpunkt nicht wahrgenommen. Die eigentliche Anti-Raketen-Partei sind die Grünen. Die Unterschiede zwischen CDU und SPD liegen eher in der Intensität unbedingter Stationierungsbefürwortung. Die SPD gilt – ähnlich wie die CDU – als Partei mit positiver Grundeinstellung; nur die Stärke der Zustimmung erscheint geringer.

In der bisherigen Betrachtung haben wir uns auf die Wahrnehmung der verschiedenen Parteien in ihrer Eigenschaft als Partei bezogen. Nun ist jedoch die Wahrnehmung der Partei eine Sache, die der Parteilite eine andere. Je nachdem, wie sehr man die Parteilite durch Personen mit abweichenden Parteimeinungen vertreten sieht, wird man Präferenzen für bestimmte Positionen nicht unbedingt in ein analoges Wahlverhalten umsetzen. Wer glaubt, die SPD wäre mehrheitlich reserviert gegenüber der Nachrüstung eingestellt, und gleichzeitig in der SPD-Führung eine starke Nachrüstungsbefürwortung erblickt, wird nicht erwarten können, mit der Wahl der SPD auch die Nachrüstungsgegner auf Regierungsebene zu stärken. Gerade bei der SPD ist in der Vergangenheit die Diskrepanz zwischen wahrgenommener Parteimeinung und Position des Kanzlers Helmut Schmidt gegenüber der Nachrüstung besonders eklatant gewesen. Nach einer Umfrage vom Mai 1981 werden zwischen der CDU/CSU und Helmut Schmidt mehr Gemeinsamkeiten unterstellt als zwischen der CDU/CSU und der SPD. Ähnlich große Diskrepanzen gibt es beim Vergleich von FDP-Positionen und der des Außenministers Genscher nicht. Es handelt sich klar um ein Spezialproblem der SPD.⁵ Mit

dem Wechsel des Kanzlerkandidaten der SPD in der Bundestagswahl 1983 – von Helmut Schmidt zu Jochen Vogel – dürfte sich die wahrgenommene Kluft zwischen SPD als Partei und ihrem jeweiligen Kandidaten zwar reduziert haben. Doch die Politik einer Partei auf Regierungsebene schafft nun einmal Traditionen in der Zuschreibung. Die Wahrnehmung von Ähnlichkeiten zwischen CDU und SPD ist in der Nachrüstungsfrage womöglich auch noch kurz vor der Bundestagswahl auf der Ebene der Partielite größer als auf der Ebene der Partei selbst. Der Glaube, innerhalb der SPD wären die Nachrüftungsbefürworter stark und von einem nicht genau kalkulierbaren Einfluß, wird sich so schnell nicht verflüchtigen. Die Glaubwürdigkeit muß erst neu errungen werden.

Wenn allein die Grünen eindeutig dem Image einer Anti-Raketen-Partei entsprechen, dann fragt sich, warum der Stimmenanteil in der Bundestagswahl für sie nicht höher ausfiel. Mangels verfügbarer Daten wissen wir nicht, wie groß das Potential derer ist, die eine Verhinderung der Nachrüstung noch vor die Fragen ökonomischer Sicherheit plazieren. Aber man kann annehmen, daß dieser Anteil die Zahl der Wähler der „Grünen“ bei weitem übersteigt. Immerhin hatten sie damals ihre Kompetenz weder im Parlament noch in Regierungsämtern bislang unter Beweis stellen können und zu einer ganzen Reihe politischer Fragen keine klaren Antworten entwickelt. Für viele galten die Grünen als bloße außerparlamentarische, wenn nicht gar antiparlamentarische Bewegung. Ihre Ideen erscheinen als unrealistisch, ihr Verhalten oft als chaotisch (zum Image vgl. Noelle-Neumann und Piel 1983: 292). Unter diesen Umständen ist die Chance gering, selbst das Umfeld der Friedensbewegung auch nur annähernd auszuschöpfen.

Inzwischen hat sich die einstige Parteienkonstellation gegenüber der Nachrüstung grundlegend geändert. Die Grünen stellen nicht mehr die einzige „Anti-Raketen-Partei“. Die SPD ist hinzugekommen. Ihre Entwicklung hinweg vom Nato-Doppelbeschluß, wie sie sich seit dem Herbst 1982 immer mehr abzeichnete und im Herbst 1983 explizit wurde, wird für das äußere Image nicht ohne Auswirkung geblieben sein: Wenn die SPD in der Bevölkerung zusehends mit grundsätzlicher oder konditionaler Nachrüstungsgegnerschaft in Verbindung gebracht wird, dann müßte die Beziehung zwischen Parteipräferenz und Einstellung zur Nachrüstung im Zeitverlauf *stärker* werden. Gemessen an der Frage zum Nato-Doppelbeschluß scheint sich zwischen 1981 und 1983 in der Tat ein derartiger Wandel ergeben zu haben. Während noch im Herbst 1981 zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien keine allzu großen Unterschiede festzustellen waren, haben sie sich im Frühjahr 1983 deutlicher herauskristallisiert. Die Parteiunterschiede sind stärker akzentuiert (vgl. Der Spiegel 1983). Die Transformation der Nachrüstungsfrage von einem Issue quer zum Parteiensystem in das (auch etablierte) Parteiensystem zeichnet sich ab.

5. Nachrüstungsprotest – ein Protest ohne Konsequenzen?

Proteste gegen sicherheitspolitische Maßnahmen sind nicht neu. Es gab sie schon in den fünfziger Jahren in Zusammenhang mit der Frage der Wiederbewaffnung und der Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomraketen. Die Meinungsverhältnisse lagen damals im großen und ganzen in der Bevölkerung ähnlich wie heute – die Mehrheit sprach sich gegen die beabsichtigte Entscheidung der Regierung aus (vgl. Buro 1977, Otto 1981). Obwohl die SPD klare Positionen gegen die Regierungspläne bezog und die sicherheitspolitischen Fragen zu einem Thema des Wahlkampfes machte, siegte in beiden Fällen die CDU – 1954 nach der Diskussion um die Wiederbewaffnung und 1957 nach Einsetzen der Diskussion um die atomare Ausrüstung der Bundeswehr. Deutet sich darin die Irrelevanz sicherheitspolitischer Diskussionen für die Orientierung der Wähler an? Kann man aus der Vergangenheit den Schluß ziehen, bei den Einstellungen zur Nachrüstung handele es sich nur um ein vorübergehendes Oberflächenphänomen ohne tiefergehende Wirkung?

Ein derartiger Schluß wäre wohl zu voreilig – er übersieht den jeweiligen historischen Kontext, unter dem sich das Wahlverhalten und die Einstellungen zur Sicherheitspolitik vollzogen. Der Wahl von 1954 war der Volksaufstand des 17. Juni 1953 vorausgegangen, und dieser hatte – wie sich im einzelnen nachweisen läßt – den traditionellen Sicherheitsorientierungen zugunsten der CDU Auftrieb gegeben. Gleiches scheint für die Wahl von 1957 zu gelten: 1956 war es zum Ungarn-Aufstand gekommen. Gemessen an der Einschätzung der Parteien bewirkte dies einen deutlichen Schub zugunsten der CDU (infas 1983: S. 61). In der Einstellung zur Wiederbewaffnung („grundsätzlich dafür oder dagegen, daß wir eine Bundeswehr aufstellen“) gab es von nun an mehr Personen, welche die Schaffung einer Bundeswehr bejahten als sie ablehnten (vgl. auch EMNID 1958, Meyer 1983). Offensichtlich vermochte die Furcht vor dem Kommunismus zu dieser Zeit die Ablehnung der geplanten sicherheitspolitischen Entscheidungen zu kompensieren und, in Kombination mit weiteren wahlpolitisch relevanten Faktoren, den Wahlausgang zu bestimmen.

Die Wahlentscheidung im Frühjahr 1983 brachte wieder einmal einen Sieg der CDU trotz mehrheitlich bestehender Ablehnung einer sicherheitspolitischen Maßnahme. Das Muster scheint das gleiche wie das der 50er Jahre, doch die Ursachen sind diesmal etwas anders. Sie liegen, wie dieser Beitrag deutlich zu machen versuchte, vor allem in der Dominanz der wirtschaftlichen Issues und der – anders als in den 50er Jahren – wenig deutlichen Unterscheidung von CDU/CSU und SPD bezüglich des kontroversen Issues. Daß die anstehende Nachrüstung nicht ohne Auswirkungen blieb, belegen Indikatoren, welche weniger das aktuelle Verhalten als die Einstellungen messen und auf eine – wenn auch bislang wenig dramatische – Abkehr von etablierten sicherheitspolitischen Positionen und einer Lockerung des Bündnisses an die USA hindeuten (Reuband 1985a). Ob die Nachrüstung, einmal

begonnen, langfristig diesen Trend aufhalten oder rückgängig machen wird, wird von der weiteren Thematisierung durch die Friedensbewegung und von dem Gefühl unmittelbarer Bedrohung durch die Nachrüstung abhängen (dazu Reuband 1985b).

Tabelle 1: Parteikompetenzen

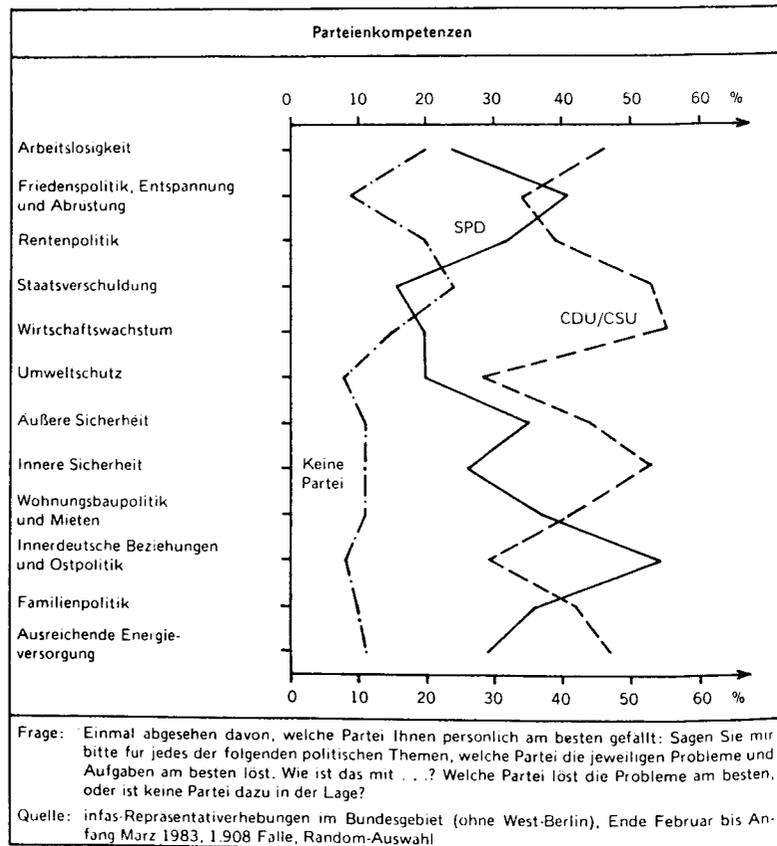


Tabelle 2: Wahrgenommene Position der Parteien zur Nachrüstungsfrage (in Prozent)

Wahrgenommene Position	Beurteilte Parteien			
	CDU	SPD	FDP	Grüne
1 sehr dafür	52	4	22	1
2	29	17	35	1
3	5	34	21	2
4	2	23	5	6
5 sehr dagegen	2	12	3	76
Weiß nicht	9	11	14	14
	100	100	100	100

Frageformulierung: „Einmal abgesehen davon, welche Partei Ihnen persönlich am besten gefällt: Sagen Sie mir bitte für jedes der folgenden politischen Themen, welche Partei die jeweiligen Probleme und Aufgaben am besten löst. Wie ist das mit ...? Welche Partei löst die Probleme am besten, oder ist keine Partei dazu in der Lage?“
 Institut: infas, bundesweite Erhebung Ende Februar bis Anfang März 1983. 1.908 Befragte. Quelle: infas (1983: 107).

Anmerkungen

- 1 Zum Versuch, die tatsächliche Relevanz der Issues – unabhängig von der subjektiven Beurteilung des Wahlaktes – zu bestimmen; vgl. z. B. Klingemann und Taylor (1977), Falter und Rattinger (1983).
- 2 Unter denjenigen, die den Ausbau militärischer Verteidigung als „sehr wichtig“ einstufen, findet man 72%, welche gleichzeitig die Abrüstung in Ost und West betonen. Faßt man die Kategorie jeweils extensiver, indem man die Kategorien „sehr wichtig“ und „wichtig“ in beiden Fällen zusammenfaßt, so steigt der Wert gar auf 92%. Quelle: Unveröffentlichte Tabellen aus der Studie „Dialoge“, freundlicherweise dem Verfasser vom Verlag Gruner und Jahr zur Verfügung gestellt.
- 3 Das ist ein gewichtiges Manko dieser und anderer Studien. Genauere Informationen über die Bedeutsamkeit der Raketenstationierung sind erst *nach* Beginn der Stationierung, im Jahre 1984, publiziert worden. Sie weisen auf einen hohen Grad an Bedeutsamkeit nach Fragen des Umweltschutzes (vgl. Der Spiegel 1984).
- 4 Danach gefragt, welches heute die dringlichsten Aufgaben sind, die in der Bundesrepublik gelöst werden müssen, nannten im September 1982 im Rahmen einer offenen Frage 78% „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ und 24% „Friedenssicherung“. Vgl. Gesellschaft für Konsumforschung (1984).
- 5 Berechnet man die Prozentpunktdifferenz für die Befürwortung des Nato-Doppelbeschlusses (in der hier operationalisierten Form) zwischen CDU/CSU und Kanzler Schmidt, so kommt man auf 6 Prozentpunkt Unterschied. Zwischen Schmidt und der SPD aber werden 26 Prozentpunkte Unterschied wahrgenommen. Die Differenz zwischen Genscher und der FDP beträgt demgegenüber lediglich 10 Prozentpunkte (errechnet nach infas 1982: 33).

Literatur

- Bredow, W. v.: Friedens-Militanz, in: W. R. Vogt, Hg., Streitfall Frieden. Heidelberg 1984, S. 199-209
- Buro, A.: Die Entstehung der Ostermarsch-Bewegung als Beispiel für die Entfaltung von Massenlernprozessen, in: Friedensanalysen, Nr. 4, Frankfurt/M. 1977, S. 50-78
- Butler, D., und D. Stokes: Political Change in Britain. London 1969
- DER SPIEGEL Nr. 6/1983, S. 90; Nr. 35/1983, S. 28; Nr. 38/1984, S. 28
- DER STERN, Gruner und Jahr: Dialoge. Hamburg 1983
- EMNID: Die Einstellung zur Wiederbewaffnung, in: EMNID Informationen Nr. 47/1958, S. 2-3
- Falter, J. W. und H. Rattinger: Parteien, Kandidaten und politische Streitfragen bei der Bundestagswahl 1980, in: M. Kaase und H. D. Klingemann: Wahlen und politisches System. Opladen 1983, S. 320-421
- Gesellschaft für Konsumforschung: GFK Report Nr. 4/1984, S. 6
- Gluchowski, P.: Wahlerfahrung und Parteiidentifikation, in: M. Kaase und H. D. Klingemann, Hg., Wahlen und politisches System. Opladen, 1983, S. 442-477
- infas: Sicherheitspolitik und Öffentlichkeit. Bonn-Bad Godesberg 1982 (unveröffentlicht)
- infas: Bundestagswahl 1983. Bonn-Bad Godesberg 1983
- Institut für Demoskopie: Pazifistische Strömungen in der Bundesrepublik. Allensbach 1982 (unveröffentlicht)
- Klingemann, H. D., und C. L. Taylor: Affektive Parteiorientierung, Kanzlerkandidaten und Issues, in: M. Kaase, Hg., Wahlsoziologie heute. Opladen 1977, S. 301-347
- Langguth, G.: Der grüne Faktor. Zürich und Osnabrück 1984
- Meyer, B.: Der Bürger und seine Sicherheit. Frankfurt/M. 1983
- Noelle-Neumann, E.: Die Zuversicht der Deutschen wächst, in: DAS CAPITAL, August 1983, S. 116-124
- Noelle-Neumann, E., und E. Piel: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978 - 1983. Bd. VIII. München 1983
- Otto, K. A.: Der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, in: R. Steinweg, Red., Unsere Bundeswehr? Frankfurt/M. 1981, S. 52-105
- Rattinger, H.: Empirische Wahlforschung auf der Suche nach dem rationalen Wähler, in: Zeitschrift für Politik, 27, 1980, S. 44-58
- Reuband, K. H.: Ist der sicherheitspolitische Konsens zerbrochen?, in: W. R. Vogt, Hg., Militär als Gegenkultur? Bd. 1, Leverkusen 1985a (im Druck)
- Reuband, K. H.: Die Friedensbewegung nach Stationierungsbeginn, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Heft 3, 1985b (im Druck)
- Sontheimer, K.: Zeitenwende? München 1983